

3./I. 1918

10 3

## Erhöhung der Preise des Gases und des elektrischen Stromes.

Budapest, 2. Oktober.

Die hauptstädtische Beleuchtungskommission hielt heute mittag unter dem Vorhise des Vizebürgermeisters Dr. Franz Déri eine Sitzung, in der die Vorlagen der Beleuchtungssektion über die Erhöhung der Preise des Gases und des elektrischen Stromes verhandelt wurden.

Referent Magistratsnotar Franz Borvendég wies auf die von uns bereits erörterten Gründe hin, die eine Erhöhung der Preise des Gases notwendig machen. Diese Gründe zwingen den Magistrat, dieser Tage auch den Preis des Koffes um drei Kronen pro Meterzentner zu erhöhen. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen werden auf 1,125.000 Kronen jährlich geschätzt. Die Teuerung der Materialien und die Steigerung der Arbeitslöhne werden den Gaswerken Mehrausgaben von 17 Millionen verursachen, von welchen Beträge nahezu 4 1/2 Millionen auf die Steigerung der Löhne fallen. Die im nächsten Jahre zu erzielenden Mehreinnahmen werden dagegen auf bloß neun Millionen veranschlagt, so daß ein Defizit von zirka acht Millionen zu bedecken sein wird. Die Deckung dieses Defizits ist nur durch eine entsprechende Erhöhung des Gaspreises möglich. Die Gaswerke greifen nicht deshalb zu diesem Mittel, weil sie die Konjunktur ausnützen wollen, sondern nur zu dem Zwecke, um das bisherige Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erhalten. Die Beleuchtungssektion beantragt daher im Einvernehmen mit der Direktion der Gaswerke, den Preis des Gases vom 1. November l. J. an um 10 h, also von 26 auf 36 k pro Kubikmeter zu erhöhen. Auch der Preis des zu industriellen Zwecken verwendeten Gases soll um 10 h (von 20 auf 30 h) erhöht werden.

Anton Becsey kann zu dieser Frage nicht eher Stellung nehmen, als bis er vollständig von der Notwendigkeit der Preiserhöhung überzeugt ist. Er wünscht darüber Aufklärung, ob durch eine Erhöhung der Preise der vom Militär verwendeten Nebenprodukte das Maß der Erhöhung des Gaspreises nicht herabgesetzt werden könnte.

Dr. Samuel Glücksthal fragt, wohin diese fortwährenden Preiserhöhungen führen werden, man muß doch endlich einmal haltmachen. Ist schon eine Erhöhung des Gaspreises unerlässlich, so muß zunächst festgestellt werden, ob der Preis in dem vorgeschlagenen Maße zu erhöhen sei.

Generaldirektor Dr. Franz Ripka führte die einzelnen Ausgabeposten an, die infolge der Teuerung eine wesentliche Steigerung erfahren werden. Die Direktion der Gaswerke hielt drei Jahre lang an den vertragsmäßig festgesetzten Kohlenpreisen fest, doch schließlich mußten sie im Jahre 1917 dem Drucke der österreichischen Regierung nachgeben und wesentlich höhere Preise für die Kohle bezahlen. Im laufenden Jahre stiegen die Kohlenpreise noch höher und jetzt will man sie wieder erhöhen. Seit dem vorigen Jahre beträgt die Erhöhung der Kohlenpreise 285 Prozent. Die ungarischen Gaswerke müssen für die aus Oesterreich bezogene Kohle die für das Ausland festgesetzten Kohlenpreise bezahlen. Auch die Staatsbahnen, die größten Kohlenkonsumenten, bilden keine Ausnahme. Die ungarische Regierung, die an Oesterreich so viele Lebensmittel abgibt, dürfte dies nicht dulden. Was die Erhöhung der Preise der Nebenprodukte, des Teers und des Ammoniak, betrifft, so haben die Gaswerke darum wiederholt bei der Regierung angefragt. Außer der Teuerung der Kohle und der übrigen Materialien verursacht die Erhöhung der Bezüge der Angestellten und der Löhne der Arbeiter außerordentliche Mehrausgaben; diese belaufen sich auf nicht weniger als 300 Prozent im Vergleich zum Jahre 1914. Da eine weitere Erhöhung des Koffspreises aus sozialen Gründen nicht geboten erscheint, so bleibt zur Deckung des Defizits von 8 Millionen nichts anderes übrig, als den Gaspreis um 10 h pro Kubikmeter zu erhöhen.

Dr. Béla Feleki erörterte als Mitglied der Direktion der Gaswerke den Standpunkt der Direktion und die Gesichtspunkte, die bei der Feststellung des Budgets der Gaswerke und des Maßes der Erhöhung der Preise ausschlaggebend waren. Die Preiserhöhung ist nicht zu vermeiden, wenn sie auch wenig populär ist und besonders die unbemittelten Kreise schwer treffen wird.

Anton Steinhardt: Selbst der Vermisten werden durch die Erhöhung der Gaspreise weniger betroffen als z. B. durch die Steigerung der Fleischpreise.

Dr. Béla Feleki empfiehlt zum Schlusse, den Antrag der Sektion unbenändert anzunehmen.

Dr. Samuel Glücksthal sieht nach den erhaltenen Aufklärungen die Notwendigkeit der Erhöhung des Gaspreises ein; das Interesse der Haushaltung der Hauptstadt zwingt dazu. Die Mehrausgaben müssen eben die Konsumenten tragen. Was das Maß der Preissteigerung betrifft, so wünscht der Redner, daß der Gaspreis bloß um 6 h, der Koffpreis aber auf 15 k erhöht werde; man darf den Koff nicht unter seinem heutigen Werte verkaufen. Man braucht den Konsumenten von Koff kein Geschenk zu machen; jeder soll so viel für den Koff zahlen, als der Wert des Koffs im Verhältnis zu dem Preise der preußischen Kohle beträgt.

Anton Becsey billigt den Vorschlag des Vorredners. Er wünscht, daß zur Deckung der Mehrausgaben auch das Militärärar, das die Nebenprodukte der Gaswerke in Anspruch nimmt, beitragen soll. Zu diesem Zwecke sollten die Preise des Teers und des Ammoniak in entsprechendem Maße erhöht werden. Er beantragt, den Gaspreis vorläufig um bloß 6 h zu erhöhen; falls sich später die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung ergeben sollte, so könne man den Gaspreis noch weiter erhöhen.

Josef v. Müller, Adolf Veitner und Ignaz Krányi schlossen sich der Vorlage der Sektion an, während Alexander Stern junior für den Vorschlag Dr. Glücksthal eintrat.

Generaldirektor Dr. Franz Ripka sprach sich im Interesse der Mittelklasse gegen eine weitere Erhöhung des Koffpreises aus, denn derjenige, der Koff bestellt, muß auf einmal den Preis des bestellten Koffes bezahlen; die Mittelklasse würde also eine in höherem Maße erfolgende Verteuerung des Koffes sehr schwer empfinden.

Karl Zipernobský weiß aus Erfahrung, daß der größte Teil der Konsumenten von Koff aus armen Leuten besteht; schon aus diesem Grunde nimmt er den Antrag der Direktion der Gaswerke an.

Die Kommission nahm mit vier gegen drei Stimmen den Antrag der Direktion an, samt dem Antrage Anton Becseys, wonach die Erhöhung der Preise des Teers und des Ammoniak bei der Regierung durchgesetzt werde.

Es folgt sodann die Vorlage über die Erhöhung des Preises des elektrischen Stromes um zwei Heller pro Hektowatt, also von neun auf elf Heller. Dieselben Gründe, die die Gaswerke zur Preiserhöhung zwingen, nötigen auch die Elektrizitätswerke, zu diesem Mittel Zuflucht zu nehmen. Die Mehrausgaben der Elektrizitätswerke, die durch die Erhöhung gedeckt werden sollen, belaufen sich auf mehr als 5,800.000 Kronen.

Alexander Stern junior beantragte, den Preis des elektrischen Stromes auf bloß zehn Heller zu erhöhen.

Generaldirektor Leopold Stark erklärte, daß in diesem Falle die Einnahmen sich um 2,800.000 Kronen vermindern würden.

Dr. Béla Feleki polemisierte gegen den Vorredner und plädierte für die Annahme der Magistratsvorlage.

Nachdem noch Karl Zipernobský und Generaldirektor Leopold Stark gesprochen hatten, wurde die Sektionsvorlage einstimmig angenommen.